

Rede zum Handgiftentag 2020



Heidi Reichinnek für die Fraktion DIE LINKE. Stadt Osnabrück

Osnabrück, 07.01.2020

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Namen der Linksfraktion wünsche ich Ihnen ein frohes neues Jahr, vor allem Gesundheit und Zeit für Ihre Lieben, aber auch für sich selbst, denn oft kommt das alles ein wenig zu kurz.

Nach einem so ereignisreichen Jahr ist es schwierig, nahezu unmöglich, sich auf wenige besondere Punkt zu konzentrieren, die Osnabrück in dieser Zeit geprägt haben.

Besonders glücklich sind wir natürlich darüber, dass sich die Bürger*innen am 26. Mai mit einer überwältigenden Mehrheit von 76,4% für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft ausgesprochen haben. Das zeigt mehr als deutlich, dass es endlich an der Zeit ist, dass die öffentliche Hand wieder aktiv in den Bau und die Vermietung von Wohnungen eingreift. Dies dem Markt zu überlassen war, wie zu erwarten, ein katastrophaler Fehler. Die Angebotsmieten sind in Osnabrück von 2012 bis 2018 um 35% gestiegen. Die Situation verschärft sich zusehends und wir können froh sein, dass die Bürger*innen in Osnabrück dies nicht einfach hingenommen, sondern sich aktiv in die Politik eingemischt haben.

Dank an dieser Stellen allen, die im Bündnis für bezahlbaren Wohnraum aktiv waren und sind, die Flyer verteilt, Unterschriften gesammelt und sich nicht beirren lassen haben. Doch damit fängt die Arbeit erst an – es ist jetzt unsere Aufgabe, die Gesellschaft auf die Beine zu stellen, dafür zu sorgen, dass sie nicht wieder von einer Zufallsmehrheit im Rat verkauft werden kann und die Bürger*innen ein Mitspracherecht haben. Uns allen ist klar, dass es Jahre dauern wird, bis die Wohnungsbaugesellschaft einen signifikanten Einfluss haben wird. Umso wichtiger ist es, bestehende Stellschrauben für eine soziale Wohnungspolitik zu nutzen.

Es ist absolut unverständlich, dass unsere Richtlinien zur Vergabe von Bauland es ermöglichen, die ohnehin zu geringen Sozialquoten zu unterlaufen, indem Eigentums- statt Mietwohnungen geschaffen werden, die zu angeblich „sozialeren Konditionen“ verkauft werden, de facto aber Marktpreisen entsprechen und für den Großteil der Menschen sowieso nicht finanzierbar sind.

Gleiches gilt für bestehende Instrumente wie die Zweckentfremdungssatzung oder die Schaffung von Millieuschutzgebieten, die einfach nicht genutzt werden. Und nein, ein Mietendeckel wäre nicht verfassungswidrig. Zudem ist es die Pflicht der Kommunen, den Druck auf Bund und Länder zu erhöhen – wir sehen doch hier vor Ort jeden Tag, was die verfehlte Wohn- und Mietenpolitik anrichtet. Wir sehen, wie Menschen aus ihren Wohnungen verdrängt werden, mehr und mehr Geld in die Miete stecken müssen oder trotz Arbeit in die Obdachlosigkeit fallen. Ich frage mich, wie oft ich das hier noch anmahnen muss, aber vielleicht wird ja im neuen Jahrzehnt alles besser und die Politik richtet sich auf allen Ebenen endlich an den Bedarfen der Bürger*innen statt an denen der Wirtschaft und ihrer Sponsor*innen aus.

Denn auch bei aller Freude über die positive Entwicklung des Haushaltes in Osnabrück sollten wir uns nicht darüber hinwegtäuschen lassen, welche schmerzhaften Einsparungen wir dafür in Kauf nehmen müssen. Den Kommunen werden immer mehr Aufgaben übertragen, doch die finanzielle Unterstützung aus Land und Bund fehlt. So müssen viele notwendige, aber nicht verpflichtende Aufgaben und Angebote auf ein Minimum reduziert oder sogar abgeschafft werden. Wenn die öffentliche Hand wenig Geld zur Verfügung hat leiden vor allem Gering- und Durchschnittsverdiener*innen. Auch das sehen wir jeden Tag, weil wir ständig Kämpfe ausfechten müssen, wofür das wenige Geld ausgegeben werden kann, statt ganz klar zu sagen: hier läuft etwas falsch in einem Land, in dem die reichsten 10% 56% des Vermögens besitzen während dagegen die untere Hälfte nur einen Anteil von 1,3% hat. Auch in Osnabrück lebt fast jedes 4. Kind in Armut!

Wir brauchen kostenlosen Zugang zu Kindergärten für alle, wir brauchen Geld für die Ausstattung und Sanierung unserer Schulen, Geld für die

Unterstützung des Frauenhauses, Geld für einen besser getakteten und günstigen ÖPNV – stattdessen werden die Tickets ebenso wie die Eintrittspreise in die Schwimmbäder immer teurer, weil die Stadtwerke Gewinne generieren und Geld abführen müssen. Das ist doch nicht Sinn der Sache.

Dass die Menschen trotz allem nicht politikverdrossen sind, sondern sich für ihre Belange einsetzen, hat 2019 eindrucksvoll gezeigt. Vor allem jungen Menschen haben sich politisiert – die Fridays for Future-Bewegung hat bei ihrem Höhepunkt am 20.09. in Osnabrück 8.000 Teilnehmende auf die Straßen gebracht, regelmäßig finden Demonstrationen und Aktionen statt. Auch die Urheberrechtsreform der EU, die uns die sogenannten „Upload-Filter“ gebracht hat, hat hier die Gemüter erhitzt. Am 23. März sind hier Hunderte auf die Straße gegangen.

Beeindruckend waren und sind die zahlreichen Kundgebungen in Solidarität mit dem kurdischen Volk oder die Aktionen gegen die drohende Abschiebebehörde sowie die Initiativen zur Aufnahme von zusätzlichen Geflüchteten aus den Camps in Griechenland und zur Seenotrettung. Osnabrück hat sich immer als Stadt gezeigt, die das Miteinander lebt. Die Menschen hier lassen sich nicht von Vorurteilen leiten, sie laufen keinen rechten Ressentiments hinterher. Menschen aus 143 Ländern haben in Osnabrück ein zu Hause gefunden. Haupt- und Ehrenamtliche ermöglichen, dass alle die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Mittlerweile prägen all diese Menschen das Stadtbild – durch Geschäfte, Vereine und gemeinsames Engagement. Das vom Migrationsbeirat angestoßene Mentoringprogramm für Menschen mit Migrationshintergrund ist ein weiterer Schritt hin zu einer pluralistischen Gesellschaft.

Denn diese starke Zivilgesellschaft ist es, die Osnabrück auszeichnet und die ein positives Signal in einem Land ist, in dem der Wind rauer weht und in dem wieder Faschist*innen in den Parlamenten sitzen und Menschen täglich aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer Sexualität oder Behinderung diskriminiert, verunglimpft und angegriffen werden. Diesem Gedankengut dürfen wir keinen Fußbreit Platz lassen, nicht nur nach besonders dramatischen Taten wie dem

Anschlag auf eine Synagoge in Halle, sondern jeden Tag. Der Kampf gegen Rechts findet in den Kommunen statt und die Menschen in Osnabrück sind dafür ein herausragendes Beispiel. Die Politik tut gut daran, dankbar zu sein, für dieses Engagement.

Deswegen an dieser Stelle zuallererst einen Dank an ebenjene Menschen, die Osnabrück zu dem machen, was es ist. Danke an meine Ratskolleg*innen für unsere, meistens gute, Zusammenarbeit. Danke an die Verwaltung und alle Mitarbeiter*innen der Stadt und ihrer Konzerne sowie den Personalrat, der dafür kämpft, dass diese Mitarbeiter*innen gute Arbeitsbedingungen haben. Auch dieses Mal ein besonderer Dank an die Reinigungskräfte und die Hausmeister, die immer das Ende unserer zahlreichen Sitzungen ausharren müssen. Und ein persönlicher Dank an meine Genossin Giesela Brandes-Steggewentz sowie unsere Fraktionsmitarbeiter*innen, ohne die das alles hier nebenbei ehrenamtlich nicht zu bewältigen wäre sowie an meine Arbeitskolleg*innen, die mir die Flexibilität ermöglichen, meinem Ehrenamt nachzugehen und meine Monologe über Kommunalpolitik in der Mittagspause geduldig über sich ergehen lassen.

Nach dem Handgiftentag und dem Versprechen, sich gemeinsam für das Wohl der Stadt einzusetzen wünschen wir uns, dass auch kleine Parteien bzw. Einzelmandatierte vernünftig in die Entscheidungsfindung eingebunden werden. Viel zu oft haben wir von Entwicklungen erst aus der Presse erfahren oder werden zu Gesprächen nicht einmal eingeladen. Vielleicht können wir versuchen, das in diesem Jahr wieder solidarischer zu handhaben.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit und uns allen nochmal ein kämpferisches und linkes Jahr 2020!

Gez. Heidi Reichinnek